

EUROPÄISCHE UNION  
DER RAT

110140 EU XX. GP  
ORIGINAL

Brüssel, den 11. Juni 1996 (17.06)  
(OR.en)

7841/96

# RESTREINT

EINGEGANGEN am RESTREINT

11. Juli 1996 PECHÉ 222

## BERATUNGSERGEBNISSE

der Gruppe "Externe Fischereipolitik"

vom 3. Juni 1996

Betr.: Aushandlung eines Fischereiabkommens mit Polen

## EINLEITUNG

1. Der Vertreter der Kommission erläuterte, daß am 24. November 1995 Sondierungs- gespräche mit Polen stattgefunden hätten, um ein neues umfassendes Fischereiabkommen zwischen der EU und Polen auszuarbeiten, das das bilaterale Fischereiabkommen zwischen Schweden und Polen ersetzen und neue Elemente der zweiten Generation einbeziehen solle. In dieser Vorbereitungsphase sei das Mandat zur Aushandlung eines neuen Abkommens anders als bei der Vorbereitung ähnlicher Abkommen mit den baltischen Staaten noch nicht genehmigt gewesen <sup>(1)</sup>. Die Kommission hätte dem polnischen Direktor für Fischereifragen ein Dokument übergeben, in dem die im Abkommen enthaltenen neuen Elemente der zweiten Generation erläutert würden.

# RESTREINT

(1) Das Mandat wurde vom Rat am 21./22. Dezember 1995 angenommen.

# RESTREINT

2. Beide Parteien hätten vereinbart, am 18. und 19. Juni 1996 eine erste Verhandlungs runde in Warschau abzuhalten. Die polnische Regierung habe Interesse an dem Rahmen- abkommen mit allen herkömmlichen Elementen bekundet, hätte jedoch Vorbehalte gegen die Einführung der Elemente der zweiten Generation, z.B. zeitlich begrenzte Unter- nehmensvereinigungen und gemischte Gesellschaften.

## BEMERKUNGEN DER DELEGATIONEN

3. Die schwedische Delegation erläuterte, daß Schweden und Polen seit 1979 Quoten austauschten. Ihrer Ansicht nach sollten zeitlich begrenzte Unternehmensvereinigungen und gemischte Gesellschaften nicht in dieses Abkommen aufgenommen werden; das derzeitige Verhandlungsmandat ermögliche zwar Verhandlungen über derartige Unter- nehmensvereinigungen und gemischte Gesellschaften, würde die Kommission jedoch nicht dazu zwingen.
4. Die irische Delegation legte dar, daß die Sondierungsgespräche mit Polen jedenfalls vor der Genehmigung des Mandats stattgefunden hätten; daher sei die Kommission nicht ver- pflichtet, mit Polen im streng wörtlichen Sinn des Mandats weiter zu verhandeln.
5. Sowohl die dänische als auch die irische Delegation waren der Auffassung, daß die polnische Regierung nicht genötigt werden sollte, Elemente der zweiten Generation in das Abkommen aufzunehmen, wenn sie dies nicht wolle. Die dänische Delegation hatte einige zusätzliche Vorbehalte hinsichtlich der Auswirkungen zeitlich begrenzter Unternehmens- vereinigungen und gemischter Gesellschaften auf die Fangtätigkeit in der Ostsee.
6. Die französische Delegation schloß sich der vorsichtigen Haltung der dänischen, der irischen und der schwedischen Delegation an.
7. Die spanische Delegation befürwortete die Aufnahme zeitlich begrenzter Unternehmens- vereinigungen und gemischter Gesellschaften in das Abkommen mit Polen und die Abkommen mit den baltischen Staaten.

# RESTREINT

# RESTREINT

8. Die portugiesische Delegation nahm zur Kenntnis, daß Polen an zeitlich begrenzten Unternehmensvereinigungen und gemischten Gesellschaften anscheinend nicht interessiert ist, wies jedoch darauf hin, daß eine Einigung nur zwischen zwei Parteien zustande kommen könne. Sie bedauerte, daß einige Mitgliedstaaten einzelne Elemente des Verhandlungsmandats wohl beiseite lassen wollten; ihrer Ansicht nach sollten Drittländer, die an diesen Elementen interessiert seien, auch die Möglichkeit haben, sich für sie einzusetzen.
9. Die finnische Delegation erläuterte, daß Finnland bisher kein bilaterales Abkommen mit Polen habe, als Ostseeanrainer jedoch an der Ostsee interessiert sei.
10. Die deutsche Delegation fragte, ob der von der Kommission erstellte Abkommensentwurf den Delegationen vorgelegt werden könnte, bevor die eigentlichen Verhandlungen mit Polen begännen. Sie würde später bilaterale Gespräche mit der Kommission über ein geltendes spezifisches deutsch-polnisches Abkommen führen.
11. Die niederländische Delegation erinnerte daran, daß die Kommission zu einem früheren Zeitpunkt im Assoziationsausschuß mit Polen das Problem zur Sprache gebracht habe, daß man Norwegen einen günstigeren Zugang zum polnischen Makrelenmarkt gewährt hätte als der Union. Polen hätte damals dieses Problem zur Kenntnis genommen, aber es frage sich immer noch, ob Fortschritte in dieser Angelegenheit erzielt worden seien. Die niederländische Delegation setzte sich dafür ein, daß die Union und Norwegen den gleichen Zugang zum polnischen Markt für Makrelen- und Heringserzeugnisse erhalten.

RESTREINT

# RESTREINT

## ANTWORT DER KOMMISSION

12. Der Vertreter der Kommission nahm die Standpunkte der Delegationen zur Kenntnis. Er würde einem Abkommen mit Polen, das denen mit den baltischen Staaten möglichst ähnlich ist, den Vorzug geben.
  13. Er erläuterte, daß die Generaldirektion I der Kommission zusammen mit der Generaldirektion XIV versuche, Handels- und Fischereiangelegenheiten miteinander zu verknüpfen; beide Dossiers wären unabhängig voneinander, würden jedoch parallel erörtert.
- 

RESTREINT